

Rebecca Gulowski / Martin Oppelt

Wir, neu betrachtet

Demokratische Selbstverortungen

In der in Europa nach wie vor ungebrochen anhaltenden Debatte um Flucht und Migration wird ein Aspekt selten berücksichtigt, auf den der Historiker Peter Gatrell in seiner Analyse der »Geschichtsmächtigkeit« der Migrations- und Fluchtbewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts hingewiesen hat. Was uns diese heute lehren, sei die Tatsache, dass Staatlichkeit zwar die Sozialfigur der Geflüchteten definiert, diese aber wiederum auch den Staat selbst mit konstituiert.¹ Diese Doppelbewegung, so scheint uns, wird in Theorie und Praxis mit Blick auf den zweiten Teil selten ausbuchstabiert. Und selbst dort, wo dies explizit geschieht, zeigt sich mitunter ein problematisches Ungleichgewicht auf nur eine Seite des besagten Verhältnisses wechselseitiger Konstituierung. So nimmt zum Beispiel die Perspektive des Multikulturalismus Fragen der Integration von Fremden, Geflüchteten und MigrantInnen in eine gesellschaftliche Ordnung oder der Anerkennung der Mehrheitsgesellschaft durch diese in den Blick und diskutiert, wie jenseits eines politischen Assimilationsdrucks »in demokratiepolitischer Hinsicht mit den bereits in Deutschland eingetroffenen Geflüchteten umgegangen werden soll«² und welche Ideen sich dem Multikulturalismus für den »Umgang mit Geflüchteten«³ entnehmen lassen. Allerdings geht eine solche Perspektive von einer bestehenden Gesellschaft aus oder setzt diese zumindest implizit immer voraus.

Mögliche praktische Konsequenzen einer einseitigen Perspektive auf das Verhältnis von Zugereisten und Zugehörigen, Ankommenden und bereits Anwesenden geben sich im gegenwärtigen Umgang mit Geflüchteten jedoch vor allem dort zu erkennen, wo das genannte Doppelverhältnis komplett ausgeblendet oder bewusst missachtet wird. Viele Menschen, die heutzutage aus unterschiedlichen Gründen aus ihrer Heimat flüchten, stranden unterwegs oder in einem der zahlreichen Flüchtlingslager, die weltweit für Millionen von Menschen von einer vermeintlichen Durchgangsstation zu

1 »That states make refugees, but that refugees also make states.« Peter Gatrell, *The Making of the Modern Refugee*, Oxford 2013, S. vi; vgl. dazu auch ders., »Flüchtlingen ihren Platz zuweisen. Eine neue Geschichte des internationalen Asylregimes 1945–1960«, in: *Mittelweg* 36 25 (2016), 2, S. 33–61.

2 Ulf Bohmann / Paul Sörensen, »Multikulturalismus reloaded. Demokratie in Zeiten von Flucht und Migration«, in: *Mittelweg* 36 26 (2017), 2, S. 3–14, hier S. 5.

3 Ebd., S. 9.

einem auf Dauer gestellten prekären Aufenthaltsort geworden sind – und es nicht selten auch noch für ihre Kinder bleiben.⁴ Andere erreichen zwar einen Ort, an dem sie – oft unter schwierigsten Verhältnissen und zu schlechten Bedingungen – wohnen und arbeiten können, werden dabei aber gezwungen, ihr Leben in einem prekären Provisorium jenseits vollwertiger Zugehörigkeit einzurichten. Als sogenannte »illegale Einwanderer«,⁵ ohne Papiere und ohne Rechte, führen sie eine inoffizielle Existenz, die geprägt ist von Schutzlosigkeit sowie der Angst vor Entdeckung und Ausweisung.

Einer der Gründe dafür, von dem in den oft verkürzten und erhitzten Debatten über Flucht und Migration allerdings nur selten die Rede ist, besteht in der exklusiven Form, in der politische Gemeinschaften die Verteilung der Güter Mitgliedschaft und Zugehörigkeit regeln.⁶ Diese exklusive Form ist die der Staatsbürgerschaft.⁷ Sie entscheidet darüber, wer sich auf dem Territorium eines Staates nicht nur vorübergehend oder mit Einschränkungen, sondern dauerhaft aufhalten und frei bewegen darf, und wer zudem als gleichberechtigtes Mitglied anerkannt und mit politischen Teiligungsrechten ausgestattet wird. Staatsbürgerschaft wird entweder als ein Privileg, das man qua Geburt besitzt, verstanden, beziehungsweise das einem – in der Regel aus volkswirtschaftlichen Nutzenerwägungen heraus – verliehen wird, oder aber als eine Gnade, die einem aus humanitären Gründen gewährt wird. Jenseits dessen herrscht das Prinzip der zeitlich mehr oder weniger befristeten Duldung, das diejenigen, auf die es Anwendung findet, zwar mit einem Minimum an Schutz in Form sozialer Teilhaberechte ausstattet, das aber gerade keine Beziehung unter Gleichen stiftet, sondern bestehende Ungleichheit festschreibt und damit die Differenz zwischen »uns« und »ihnen« perpetuiert.⁸

Während also über Kriterien und Quoten der Aufnahme von Geflüchteten oder der Vergabe von Staatsbürgerschaft sowohl in der akademischen als auch in der erweiterten politischen Öffentlichkeit seit Langem intensiv

4 Grundlegend zur Konstruktion des Flüchtlings und zur Entstehung des modernen »Flüchtlingsregimes« vgl. Gatrell, *The Making of the Modern Refugee*. Zur Welt der Lager siehe Giorgio Agamben, »Jenseits der Menschenrechte«, in: ders., *Mittel ohne Zweck*. Noten zur Politik, Freiburg/Berlin 2001, S. 21–30.

5 Tatsächlich wird in den Medien zumeist ausschließlich über männliche Einwanderer berichtet, weshalb wir an dieser Stelle nicht gegendert haben.

6 Zu Mitgliedschaft und Zugehörigkeit in der Geschichte der Demokratie vgl. u. a. Marcus Llanque, »Populus und Multitudo: das Problem von Mitgliedschaft und Zugehörigkeit in der Genealogie der Demokratietheorie«, in: Harald Blum / Karsten Fischer / Marcus Llanque, (Hg.), *Ideenpolitik*. Geschichtliche Konstellationen und gegenwärtige Konflikte, Berlin 2011, S. 19–38. Zu Mitgliedschaft und Zugehörigkeit als Gegenstand distributiver Gerechtigkeit vgl. u. a. Michael Walzer, *Sphären der Gerechtigkeit*. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit, übers. von Hanne Herkommer, Frankfurt am Main / New York 1992, S. 65–107.

7 Siehe dazu u. a. Christian Joppke, *Citizenship and Immigration*, Cambridge 2010.

8 Zu den Schwierigkeiten und Ungerechtigkeiten, die aus der ungleichen Verteilung von Staatsbürgerschaft und den damit verbundenen Rechten resultieren, vgl. u. a. Linda Bosniak, *The Citizen and the Alien*. Dilemmas of Contemporary Membership, Princeton, NJ 2006.

diskutiert und gestritten wird,⁹ erweisen sich die Parameter der Diskussion als erstaunlich konstant. Jenseits wissenschaftlicher Debatten werden Staatsbürgerschaft und Nationalstaatlichkeit nicht als historisch kontingente, sondern als gewissermaßen »natürliche« Formen der Ordnung des Politischen verstanden und damit als gegeben vorausgesetzt. Mit Blick auf die Aufnahme von ZuwanderInnen und Geflüchteten sowie die Gestaltung des gemeinsamen Zusammenlebens ist diese Sicht der Dinge in doppelter Hinsicht problematisch. Zum einen, weil sie eingeschliffenen Deutungsmustern und Erwartungshaltungen Vorschub leistet, denen zufolge eine ethnisch und/oder kulturell weitgehend als homogen und stabil vorgestellte Aufnahmegesellschaft von den Fremden, die sie – zwischenzeitlich oder dauerhaft – bei sich aufnimmt, nicht nur Gesetzestreue, sondern auch weitreichende kulturelle Anpassungsleistungen verlangen darf. Zum anderen, weil sie dazu verführt, Fragen von Mitgliedschaft und Zugehörigkeit primär nach den Regeln und mit Rücksicht auf die Interessen der politisch Berechtigten, aber nicht aller Betroffenen zu entscheiden.

Ausgehend von diesen und weiteren Befunden sind in der kritischen Migrationsforschung immer wieder Stimmen zu vernehmen, die die Formen der Staatsbürgerschaft und des Nationalstaats mitverantwortlich für die politische Ohnmacht und Isolation vieler MigrantInnen und Geflüchteter machen.¹⁰ Aufgrund der ihnen unvermeidlich eingeschriebenen Dialektik von Inklusion und Exklusion, so der Einwand, würden sie die bestehenden Probleme nur fortschreiben und dringend notwendige Neuvermessungen des Politischen verhindern. Beispiele für derartige Neuvermessungen, die mit den etablierten Modellen und Kategorien des Politischen und ihrer territorialen Logik brechen, bieten etwa Aihwa Ongs Idee der flexiblen Staatsbürgerschaft, Paul Gilroys Konzept der Konvivialität oder die insbesondere von Jennifer Bagelman in systematischer Hinsicht weitergeführte Diskussion um die sogenannten Zufluchtsstädte.¹¹

Anknüpfend an diese Debatten wollen wir mit dem vorliegenden Heft dazu anregen, über Mitgliedschaft und Zugehörigkeit aus einer anderen Perspektive nachzudenken. Statt wie gewohnt den Blick auf die Frage nach den Bedingungen gelingender Integration von Fremden, Geflüchteten und MigrantInnen in die bestehende Mehrheitsgesellschaft zu richten, wollen

9 Vgl. u. a. David Miller, *Fremde in unserer Mitte*. Politische Philosophie der Einwanderung, übers. von Frank Lachmann, Berlin 2017; Seyla Benhabib, *Die Rechte der Anderen*. Ausländer, Migranten, Bürger, übers. v. Frank Jakubzik, Frankfurt am Main 2004.

10 Unlängst etwa Daniel Loick, »Wir Flüchtlinge. Überlegungen zu einer Bürgerschaft jenseits des Nationalstaats«, in: *Leviathan*. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaften 45 (2017), 4, S. 574–591.

11 Aihwa Ong, *Flexible Citizenship*. The Cultural Logics of Transnationality, Durham 1999; Paul Gilroy, *After Empire*. Melancholia or Convivial Culture?, London / New York 2004; Jennifer Bagelman, *Sanctuary City*. A Suspended State, London 2016. Vgl. dazu auch die Ausführungen bei Loick, »Wir Flüchtlinge«, S. 579–586.

wir die Aufmerksamkeit auf »die partikulare, plurale und reversible Natur nicht nur epistemischer, sondern insbesondere sozialer und politischer Fundamente«¹² richten und dazu einladen, selbstverständliche Sichtweisen und Gewohnheiten in der Diskussion um Zuwanderung zu hinterfragen.¹³ Leitend für dieses Unterfangen ist dabei die normative Überzeugung, dass für das gelingende Zusammenleben in Einwanderungsgesellschaften nicht so sehr der Fortbestand vermeintlich »vormigrantischer« Strukturen entscheidend ist als vielmehr die Bewältigung der Aufgabe, Gelegenheiten für die Selbstbefähigung (»agency«¹⁴) von MigrantInnen und Geflüchteten zu schaffen, die sie in die Lage versetzen, sich als AkteurInnen an der politischen Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels durch Einwanderung zu beteiligen.¹⁵ Mit Étienne Balibar, dem Träger des Hannah-Arendt-Preises 2017,¹⁶ gilt es festzuhalten, dass MigrantInnen und Geflüchtete nach wie vor zu häufig als Objekte der Fürsorge, jedoch zu selten als politische Subjekte anerkannt und adressiert werden.

Unserer Einschätzung nach liegt die Bedeutung der medial so bezeichneten »Flüchtlingsfrage« nicht zuletzt darin, dass das Erscheinen der geflüchteten Menschen an den Grenzen der Europäischen Union und der Bundesrepublik Deutschland politische Konflikte angestoßen hat, in denen gleichermaßen über die normativen wie über die begrifflichen Grundlagen »unseres« Selbstverständnisses gestritten wird. In den kontrovers geführten Debatten über die angesichts zeitweise steigender Migrations- und Fluchtbewegungen zu ergreifenden Maßnahmen ist auch das bis dato weitgehend als selbstverständlich erachtete Vertrauen in das Gemeinschaftsprojekt Europäische Union unter Druck geraten und stehen die Grundlagen seiner vermeintlich für sicher erachteten gemeinsamen Identität infrage.

12 Oliver Marchart, »Demokratischer Radikalismus und radikale Demokratie. Historisch-programmatische Anmerkungen zum Stand politischer Theorie«, in: *Berliner Debatte Initial* 26 (2015), 4, S. 21–32, hier S. 21.

13 Für einen Überblick zu Annäherungen des Multikulturalismus an Fragen des »BürgerInnenseins« siehe Christian Joppke, »Multicultural Citizenship«, in: Engin F. Isin / Bryan S. Turner (Hg.), *Handbook of Citizenship Studies*, London / Thousand Oaks, CA / Neu Delhi 2002, S. 245–258.

14 Zum Konzept der »agency« vgl. u. a. die Ausführungen von Philomena Essed / Georg Frerks / Joke Schrijvers, »Refugees, Agency, and Social Transformation«, in: dies., *Refugees and the Transformation of Societies: Agency, Policies, Ethics and Politics*, New York / Oxford 2004, S. 2: »The notion of agency centralises people, conceptualised as social actors who process their own experiences and those of others while acting upon these experiences. [...] Moreover, agency forms a sharp contrast to the more established approaches where refugees are pictured as passive victims of violence and disaster, or as mere recipients of relief aid. Making agency central is helpful to avoid undue generalisations.«

15 So etwa Dirk Hoerder, »Arbeitsmigration und Flucht vom 19. bis ins 21. Jahrhundert«, in: *Mittelweg* 36 25 (2016), 1, S. 3–32, hier S. 10.

16 Heinrich Böll Stiftung, »Etienne Balibar ist Hannah-Arendt-Preisträger für politisches Denken 2017; online unter: www.boell.de/de/2017/08/09/etienne-balibar-ist-hannah-arendt-preistraeger-fuer-politisches-denken-2017 [7. 6. 2018].

Die aktuellen soziopolitischen Bedingungen eröffnen damit eine aus demokratietheoretischer und emanzipatorischer Perspektive durchaus wünschenswerte Möglichkeit zur gesellschaftlichen Selbstbefragung. Diese wird allerdings bislang kaum genutzt, geschweige denn positiv bewertet. In der medialen Öffentlichkeit werden die gegenwärtigen Verunsicherungen vielmehr überwiegend negativ konnotiert, und von rechtspopulistischen bis rechtsextremen Kräften werden sie politisch instrumentalisiert. Demgegenüber soll es in diesem Heft darum gehen, die Erschütterung bisheriger Gewissheiten zum Ausgangspunkt einer gesellschaftlichen Selbstbefragung zu machen, in der radikal erweiterte Vorstellungen von Solidarität und politischer Teilhabe einen Platz haben. Das Ziel ist es, die bestehenden Debatten um bislang übersehene Aspekte zu ergänzen. Für diesen Perspektivwechsel haben wir die AutorInnen dieses Heftes eingeladen, der Frage nachzugehen, was wir über uns selbst erfahren können, wenn wir uns durch die »Perspektive der Anderen« in produktiver Weise irritieren lassen.

Unter dem Titel »Postidentitäre Demokratie« wirft Oliver Flügel-Martinsen zunächst einen zeitdiagnostischen Blick auf die gegenwärtige Rückkehr längst überwunden geglaubter fremdenfeindlicher und rassistischer Ausgrenzungsfiguren in den politischen Diskurs der liberalen Demokratien dies- und jenseits des Atlantiks. Anschließend widmet er sich der Dekonstruktion des rechten Phantasmas eines mit sich selbst identischen Volkes und zeigt, wie sich postfaktischen und populistischen Strategien mit kritisch-dekonstruktivistischen und genealogischen Methoden begegnen lässt.

In seinem Plädoyer »Für eine Medeische Union« konstatiert Oliver Marchart für die Länder des nordatlantischen Westens eine seit bald zehn Jahren anhaltenden Vielfachkrise, die, wie er unter Bezug auf Antonio Gramsci schreibt, gekennzeichnet sei durch »Krankheitserscheinungen«, in denen »das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann«. Das offizielle Krisenmanagement erschöpfe sich gegenwärtig in Abschließungsphantasien, deren symbolischen und demokratietheoretischen Implikationen Marchart auf der Ebene des kollektiven Imaginären nachspürt. Seine These lautet, dass die in sich gespaltenen liberal-demokratischen westlichen Gesellschaften vor der Gefahr eines politischen Umbruchs stehen, in dessen Folge sehr wohl weitere autoritäre Regime, ähnlich wie in Polen oder Ungarn, entstehen könnten. Marcharts Antwort auf die Herausforderung besteht in der Abkehr von allen Formen kollektiver Einheitsphantasien und der Forderung nach einer Politik der Solidarität und der Selbstentfremdung.

Gegen die Viktimisierung von Flüchtlingen argumentiert Julia Schulze Wessel in ihrem Beitrag »Grenzfigur Flüchtling«. Am Beispiel der durch diverse Abkommen quasi exterritorialiserten und dynamisierten Grenzräume der EU zeigt sie einerseits, inwiefern sich die Grenze für Flüchtende gewissermaßen jederzeit und überall in Form von Kontrollen, Lagern, Gefängnissen oder Schleppern materialisieren kann. Zugleich macht sie aber

andererseits auch deutlich, dass die Grenzfigur des Flüchtlings durch die nationalen und transnationalen Grenzregime nicht nur hervorgebracht wird, sondern sie als Grenzgestalter in gewisser Weise immer auch transformiert und so die bestehenden demokratischen Ordnungen auf vielfältige Weise herausfordert. In diesem Zusammenhang befreit sie den Begriff des »Flüchtlings« aus seiner Festlegung auf die Gegenfigur des »Staatsbürgers« und zeigt am Beispiel der *Sanctuary Cities*, inwiefern Flüchtlinge zu aktiven TeilnehmerInnen am politischen Leben werden können.

Um »Körper in Bewegung« und ihre Bedeutung für die Politik geht es in unserem Interview mit Achille Mbembe. Er sieht die politische Situation der Gegenwart von einer Neuaufteilung des Planeten bestimmt, einer Aufteilung in jene Körper, die es wert sind, geschützt zu werden und die die entsprechende Bewegungsfreiheit genießen dürfen, und die Körper jener, die die Kosten-Nutzen-Rechnung nicht bestehen. Die Ursprünge dieser Praxis wie auch der ihr zugrundeliegenden Logik verortet Mbembe in den Wurzeln des liberalen Denkens und ihren neoliberalen Auswüchsen. Vor dem Hintergrund der gegenwärtig zu konstatierenden systematischen Produktion von Angst und deren Transformation in ökonomisches und politisches Kapital plädiert Mbembe für eine De-Provinzialisierung der Welt und ein radikal verändertes, aus dem Korsett nationalstaatlichen Denkens befreites und von ihrem anthropozentrischen Kern gelöstes Verständnis von Demokratie.

Um einen anderen Umgang mit Vielfalt und einen entsprechenden Perspektivwechsel geht es auch in dem abschließenden Beitrag von Teresa Koloma Beck, die mit ihrem »Aufruf zum Aufstand« allerdings keine politische, sondern eine epistemische Revolution in Gang bringen will. Im Anschluss an entsprechende Überlegungen des US-amerikanischen Soziologen Julian Go plädiert Koloma Beck dafür, die sozialwissenschaftliche Diskussion um *diversity* nicht auf Personalfragen zu verengen, sondern auch auf methodische und theoretische Fragen auszudehnen und für eine systematische Neuausrichtung des Faches und seiner Disziplinen zu nutzen. Wie die Berücksichtigung bislang marginalisierter Ansätze dazu beitragen kann, tradierte Positionen und festgefahrene Ansichten zu überwinden, zeigt sie exemplarisch anhand jüngerer Entwicklungen in der Gewaltsoziologie auf.

Rebecca Gulowski ist Lehrbeauftragte am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Augsburg.
rebecca.gulowski@phil.uni-augsburg.de

Martin Oppelt ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Political Philosophy and Theory der Hochschule für Politik an der Technischen Universität München.
martin.oppelt@hfp.tum.de